Den Wortlaut des Gesetzesvorschlags und eine Broschüre zum Thema finden Sie auf den Webseiten:

www.umwelt.bz.it
www.hpv.bz.it
www.climateaction.bz

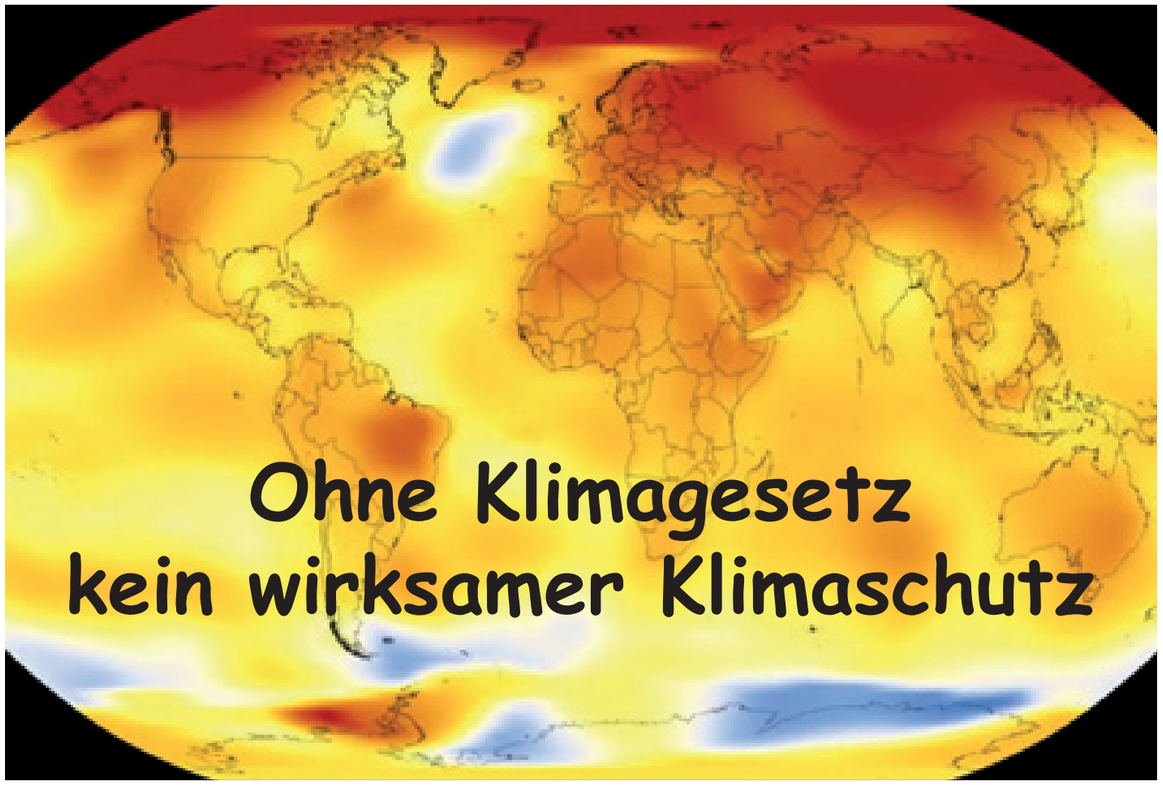
Folgende Vereine und Verbände tragen diesen Vorschlag für ein Landesklimagesetz mit:

KLIMA GESETZ JETZT!

PLATTFORM – FÜR EIN STARKES LANDESKLIMAGESETZ
PIATTAFORMA – PER UNA FORTE LEGGE PROVINCIALE SUL CLIMA

AFB – Bildungs- und Energieforum
Allianz für Familie
Ambiente e Salute
AmUm MeranO
Lia per Natura y Usanzes
Linux User Group
Mountain Wilderness Trentino-Alto Adige
OEW-Organisation für eine solidarische Welt
Arci Bolzano
ASGB
ASM Arbeitskreis Südtiroler Mittel-, Ober- und Berufsschullehrer/innen
Alpenverein Südtirol
Oldies for Future
Performing Artists Association South Tyrol
Politis
POW Protect our Winters Italy
Bioland Südtirol
Solidale Bozen
Club Alpino Italiano Alto Adige
Climate Action South Tyrol (CAST)
Psychologists for Future
Repair Cafe Bozen
Verbraucherschutzverein Robin
SGB-CISL
CGIL AGB
Dachverband für Natur- und Umweltschutz
Dachverband für Soziales und Gesundheit
De Pace Fidei
Spazio Autogestito 77
Südtiroler HochschülerInnenschaft SH/ASUS
Südtiroler Jugendring (SJR)
Südtiroler Kulturinstitut (SKI)
Fondazione Alexander Langer Stiftung
Heimatpflegeverband Südtirol
Katholischer Familienverband Südtirol
Klimaclub Südtirol
Südtiroler Pfadfinderschaft
Südtirols Katholische Jugend (SKJ)
Umweltschutzgruppe Vinschgau
Unser Wald – Il nostro Bosco
Kolpingwerk
Kuratorium Technische Kulturgüter
Katholischer Verband der Werktätigen
Lab:bz Stadtlabor Bozen
Verbraucherzentrale Südtirol
Verein für Kinderspielplätze VKE
Verein Heimat Brixen Bressanone e Persenon
Vereinigung Südtiroler Biolog*innen
Alto Adige

Impressum: Heimatpflegeverband Südtirol, Schlernstraße 1, 39100 Bozen, Tel. 0471 973693



Die Klimaziele in Südtirol gesetzlich verankern, klare Verfahren und Pflichten einführen, den Klimaplan mit zielführenden Maßnahmen ernst nehmen: das sind zentrale Anliegen eines Regelwerks, das 48 Vereine und Verbände gemeinschaftlich dem Land vorschlagen. Denn der heutige Klimaplan 2040 reicht nicht, um die Klimaneutralität in Südtirol bis 2040 zu erreichen.

Wenn wir unserer Verantwortung gegenüber den kommenden Generationen gerecht werden wollen, müssen wir den Klimaschutz ernster nehmen als bisher. Insgesamt bewegen wir uns noch nicht zielstrebig auf dem Pfad zur Senkung der Treibhausgasemissionen, die bis 2030 gegenüber dem Stand von 2019 halbiert werden müssen. Mit einem unvollständigen und nur halbherzig umgesetzten Klimaplan ist es nicht getan. Während zu zögerlich in Gebäudeeffizienz und E-Mobilität investiert wird, geht das emissionsintensive Wachstum in anderen Branchen weiter: es wird gebaut, gefahren, geflogen, Boden versiegelt, fossil geheizt, Energie verschwendet und werden Gästebetten dazugebaut als gäbe es den Klimawandel nicht.

Um wirksam zu werden, muss der Klimaschutz querbeet berücksichtigt werden: in allen Bereichen, und von allen, uns Bürgern und Bürgerinnen, den Unternehmen und vor allem von der Politik, die die Regeln setzt. Dafür braucht es ein Klimagesetz, das Ziele, Leitplanken und Regeln für präventiven Klimaschutz setzt. Dann muss ein neugefasster Klimaplan mit zielgerechtem Tempo mit klaren Berichtspflichten und Korrekturmechanismen zur Anwendung kommen.
Wohlgemerkt: ein Klimagesetz umfasst kaum Gebote und Verbote für Bürger und Unternehmen, sondern setzt vor allem Regeln für die öffentliche Hand selbst und setzt auf ein Anreizsystem, das alle Akteure in die richtige Richtung lenkt. Eine Art Verkehrsleitsystem für die Landespolitik in Richtung Klimaneutralität in 15 Jahren.

Dabei müssen die Klimaschutzmaßnahmen sozial gerecht ausgestaltet werden. Die Energiewende verlangt vor allem den Familien mit geringerem Einkommen finanzielle Anstrengungen ab. Das lässt sich nur mit Unterstützung des Landes stemmen. Die CO2-Bepreisung der EU (ETS-2) wird ab 2028 immer stärker auf die Energie- und Lebenshaltungskosten durchschlagen. Davon werden zehntausende Haushalte im Land stark betroffen sein. Hier muss neben dem Staat auch das Land Vorkehrungen treffen. Es geht um beides: wirksamen Klimaschutz im Interesse aller und Klimagerechtigkeit im Interesse der finanziell Schwächeren.

Das erwarten wir uns vom Landesklimagesetz

Nach dem Vorbild zahlreicher Staaten, Länder und Regionen wird eine gesetzliche Grundlage für den Klimaschutz geschaffen.

Das Klimagesetz macht Klimaschutz für die Politik verbindlich und für Bürgerschaft und Unternehmen langfristig planbar. Es legt Ziele fest, führt über einen seriösen Plan zu wirksamen Maßnahmen, sorgt für Kontrolle und effizientere Organsiation.

Wenn vom Kurs der CO2-Minderung abgewichen wird, muss das Land nachsteuern.

Die Planungswerke des Landes müssen durchgehend den Klimaschutz und die CO2-Emissionsreduzierung berücksichtigen. Zahlreiche Landesgesetze müssen an die Notwendigkeit des Klimaschutzes angepasst werden.

Das Klimagesetz sorgt für Planungssicherheit, Wirksamkeit, Konsequenz und Transparenz, bietet Beteiligung für Interssengruppen und Bürger:innen.

Das Klimagesetz bringt kaum neue Gebote und Verbote für die Einzelnen, sondern regelt das Handeln vom Land und Gemeinden beim Klimaschutz.

Die Landesregierung kann Beiträge an die gewerbliche Wirtschaft und das Vergabewesen nach Klimaschutzkriterien ausrichten.

Das Land muss den Klimaschutz sozial gerecht ausgestalten, damit Familien mit geringem Einkommen nicht überfordert werden.

Wissenschaft und Forschung werden eine robustere Rolle erhalten.
Schützen wir das Klima: für uns, für die Wirtschaft, für die nächsten Generationen und für den ganzen Planeten!

Klimaschutz bringt auch großen Nutzen im Hier und Jetzt. Mit mehr Klimaschutz steigt die Lebensqualität: weniger Lärm, sauberere Luft und eine bewusst aktivere Mobilität schaffen ein attraktives Umfeld und fördern die Gesundheit. Bessere Gebäudedämmung hält die Wohnungen in den zunehmenden Hitzeperioden kühl, erlaubt eine effizientere Heizung im Winter und schützt vulnerable Gruppen. Weniger fossile Brenn- und Treibstoffe bedeutet auch weniger Abhängigkeit von außen, weniger Geld an die Öl- und Gasproduzenten!

Auch der Wirtschaftsstandort Südtirol profitiert von mehr Klimaschutz: der Ersatz fossiler Energieträger führt zusammen mit effizienteren Gebäuden und Technologien zu geringeren Energiekosten. Die Dekarbonisierung erhöht die Standortattraktivität für Unternehmen (CO2-freier Produktionsstandort) und macht das Land unabhängiger von fossilen Energieträgern aus dem Ausland. Als dynamische und innovative Wirtschaftsregion kann Südtirol so lokale Wertschöpfung und zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen.

Mit einem derartigen Klimagesetz, einer hochwertigen Klimaschutzplanung und konsequenten Umsetzung der Maßnahmen wird Südtirol wirklich zum Vorreiter und wird seinen Beitrag dazu leisten, die Erderwärmung insgesamt auf unter 2° C zu halten, um katastrophale Folgen im breiteren und engeren geografischen Rahmen zu vermeiden.

„Klimaland“ werden wir erst bei weitgehender Klimaneutralität sein. Der Weg zur Klimaneutralität ist zu schaffen, eine fossilarme oder gar fossilfreie Wirtschaft und Gesellschaft sind erreichbar! Doch bedarf es dafür noch nachhaltiger Anstrengungen aller Akteure und einen breiten Konsens in der Gesellschaft und Politik. Ein Landeskimagesetz ist ein unverzichtbarer Baustein dafür. So zeigt Südtirol: wir nehmen den Klimaschutz ernst, er ist technisch und wirtschaftlich machbar, er ist sozial fair zu gestalten und gut für uns alle!

1. Der Klimaplan bekommt mehr Gewicht

Alle fünf Jahre gibt es einen neuen Klimaplan. Er enthält genaue Maßnahmen, Strategien, Verantwortlichkeiten und Zeitpläne. Die Ergebnisse sind für alle einsehbar, über Daten und Fakten wird transparent berichtet.

2. Das Land hat Vorbildfunktion

Alle müssen mithelfen: Politik, Wirtschaft und Bevölkerung. Das Land soll mit gutem Beispiel vorangehen – durch klimaneutrale Gebäude, E-Autos und umweltfreundliche Planung. Es gibt ein allgemeines “Klimaberücksichtigungsgebot“.

3. Der Klimaplan umfasst Ziele, Strategien und Richtlinien

Davon ausgehend sind konkrete Maßnahmen zu definieren, die ihrerseits das öffentlich einsehbare Klimaschutz-Maßnahmen-Register bilden. Dieses zeigt für jede Maßnahme die Wirkung, Kosten, Fristen und den Umsetzungsstand auf.

4. Neuer Energieplan

Bis 2040 soll sich Südtirol bilanziell nur mehr mit Energie aus erneuerbaren Quellen versorgen. Unser gesamter Energiebedarf soll aus Wasser, Sonne, Biomasse und importierter grüner Energie stammen. Das muss geplant und durchgerechnet werden, um die Energiewende konsequent umzusetzen.

5. Wärmewende

Wenn die Klimaneutralität 2040 erreicht werden soll, müssen die Öl- und Gasheizungen durch fossilfreie Heizungen ersetzt werden. Das Land und die Gemeinden gehen mit gutem Beispiel voran. Die Gemeinden planen die Wärmewende mit.

6. Kontrolle und Nachbesserung

Jedes Jahr prüft das Land, ob die Maßnahmen wirken. Wenn die Zahlen und die CO -Emissionen nicht sinken, muss nachgeschärft und müssen neue Schritte beschlossen werden.

7. Ein Rat aus Fachleuten hilft

Ein unabhängiger Klima-Sachverständigenrat berät das Land, macht Vorschläge und prüft, ob alles in Richtung Klimaneutralität nach Plan verläuft. Dieser Expertenrat kann auch von sich aus tätig werden.

8. Sozial gerechter Klimaschutz

Nicht alle können sich neue fossilfreie Technik leisten. Familien mit geringerem Einkommen soll stärker geholfen werden, damit Klimaschutz sozial gerecht bleibt. Die Klimaschutzmaßnahmen sollen so ausgestaltet werden, dass Geringverdiener nicht überfordert werden.

9. Wirtschaft und Förderung

Unternehmen erhalten nur dann Förderungen, wenn sie energieeffizient und klimagerecht arbeiten. Besonders gute Projekte können das Label „Klimaschutz Südtirol“ erhalten. Das öffentliche Beschaffungswesen richtet sich auch nach dem CO2-Fußabdruck.

10. Das Land fördert Information und Bildung zum Klimaschutz

Bürger und Bürgerinnen können ihre Vorschläge in einer Online-Plattform teilen, die als Quelle für weitere Maßnahmen dient. Der Klimaschutz wird zur Querschnittsaufgabe im Bildungssystem.

11. Bürger:innen reden beim Klimaschutz mit

Ohne die ganze Bevölkerung mitzunehmen, gelingt wirksamer Klimaschutz nicht. Bewährt haben sich der Bürgerrat und das Stakeholder-Forum. Diese müssen regelmäßig abgehalten und ernst genommen werden.

12. Digitale Nachhaltigkeit gefragt

Auch Computer und Datenspeicher sollen klimafreundlich betrieben werden und mehr Eigenständigkeit im Land bieten. Das Land soll eigene Rechenzentren mit sauberem Strom und Open-Source-Software nutzen.

13. Gesetze werden angepasst

Andere Landesgesetze – etwa zu Energie, Raumordnung und Landwirtschaft – werden geändert, damit sie zum Klimaschutz passen. Schon das Klimagesetz selbst ändert ein Dutzend solch klimarelevanter Gesetze.